

Wohnraum schimmelt vor sich hin

In regelmäßigen Abständen berichtet die Presse über untragbare Wohnverhältnisse in städtischen Häusern. Jeder, der Nachbarschaft in Trier West erlebt, weiß aus eigener Erfahrung von desaströsen Wohnverhältnissen zu berichten, wenn er für die Betroffenen ein Ohr hat und sie in ihrer schwierigen Lebenslage unterstützen möchte.

Die jüngste Initiative, an dieser Situation etwas zu ändern, wurde vom Ampel-Bündnis Ende letzten Jahres angestoßen. In einer Bürgerfragestunde im März dieses Jahres erkundigte sich zudem Linde Andersen, Die Linke, aktiv im Ortsbeirat Trier-West, über den Stand der Dinge als im Stadtrat der Sanierungsplan für die Gneisenau-Kasernen als Teil des Masterplans für Trier-West behandelt wurde. Sie wies auch auf die maroden und menschenunwürdigen Zustände in einigen Wohnanlagen hin.

Diese Wohnanlagen dienen der Stadt Trier dazu, billigsten Wohnraum zur Verfügung stellen zu können, in Fällen, bei denen von der ARGE Wohnraum nur auf niedrigstem Niveau bezahlt wird, wenn Menschen beispielsweise auf dem freien Wohnungsmarkt schon lange keine Chancen auf einen Wohnraum haben. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich und nicht über einen Kamm zu scheren und schon gar nicht nur einseitig auf die Eigenverantwortlichkeit einzelner abzuwälzen!

Dennoch nötigte die ADD die Verwaltung der Stadt Trier, mit dem Verkauf öffentlichen Wohnraums die Finanzüberschuldung der Stadt abzubauen und von Jahr zu Jahr wieder in geringem Umfang für einige Zeit kreditwürdig zu sein. Diesem Ausverkauf von öffentli-

chem Wohnraum sind schon mehr als die Hälfte der städtischen Wohnungen zum Opfer gefallen. Klar ist daher: So kann es nicht weiter gehen!

Zur Lösung des Problems dienen nicht allein die vorgeschlagenen Workshops mit den Stadtteilmanagern der drei prekären Wohngebiete in Trier: Ehrang, Trier-West und Trier-Nord. Wer das Wohnungsproblem in Trier nachhaltig angehen will, darf drei verschiedene Bedingungen seines politischen Handelns nicht aus dem Blick lassen: Er muss wirtschaftliche Effizienz mit ökologischen und sozialen Standards in Einklang bringen.

Somit reicht es sozialpolitisch eben nicht, nur darauf zu achten, dass weiterhin billiger Wohnraum von Seiten der Stadt zur Verfügung gestellt werden kann, sondern es muss ermöglicht werden, dass alle Mensch in ökonomischen Verhältnissen leben können, in denen sie ihre Mieten auch zu kostendeckenden Preisen bezahlen können. Weil aber diese beiden Bedingungen von der gesamten Gesellschaft aber nicht mit der notwendigen Daseinsvorsorge einkalkuliert werden, geht der Wohnungsmarkt zu Lasten der Ökologie – und das heißt nichts anderes als zu Lasten der davon betroffenen Menschen (!) – den Bach herunter! –

Dies letztlich zu ändern, bedarf es anderer marktwirtschaftlicher Strukturen, für die die Stadt Trier nicht die Weichen stellen kann. Umso dringlicher ist es daher, die Linke auf lange Sicht 2011 auch im Landtag von RLP Politik für das Land mit beeinflussen kann!

29. April 2010

Johannes Verbeek